

Überblick über die Wirtschaftsentwicklung

1 Ausland

1.1 Realwirtschaftliche Entwicklung

Im Laufe des Jahres 2001 schwächte sich die Konjunktur weltweit deutlich ab. Die konjunkturelle Verlangsamung hatte im Sommer 2000 in den USA eingesetzt und griff im Jahre 2001 auf Europa, Asien und Lateinamerika über. Eine erhebliche Belastung für die meisten Industrieländer stellte der starke Anstieg der Erdölpreise in den Vorjahren sowie die Krise im Technologiesektor dar, die im Herbst 2000 ausgebrochen war. Zur Abkühlung der Konjunktur trug auch die Verschärfung der Geldpolitik bei, mit der die Zentralbanken im Jahre 2000 den drohenden Überhitzungserscheinungen entgegengetreten waren. In der Folge wurde vor allem die Investitionstätigkeit in Mitleidenschaft gezogen, die in den Vorjahren den Aufschwung gestützt hatte. Die Aktienmärkte reagierten auf die ungünstigen Entwicklungen und die damit verbundene Verschlechterung der Gewinnerwartungen der Unternehmen mit Kurseinbrüchen.

Ende der Hochkonjunktur

Die Terroranschläge vom 11. September in New York und Washington trafen nicht nur die USA, sondern hatten auch auf die übrige Welt schwer wiegende Auswirkungen. Insbesondere der Flugverkehr sowie der Tourismus erlitten massive Einbussen. Als Folge des rückläufigen Konsumentenvertrauens verlor der private Konsum, der bis anhin die Konjunktur gestützt hatte, an Kraft. In der zweiten Jahreshälfte bildete sich das reale Bruttoinlandprodukt in den USA zurück, in Europa kam das Wachstum zum Stillstand und in Japan vertiefte sich die Wirtschaftskrise.

Terroranschläge in den USA

Die konjunkturelle Abschwächung bremste den Welthandel beträchtlich. Gemäss einer Schätzung der OECD stagnierte das Welthandelsvolumen im Jahre 2001, während es im Vorjahr noch um fast 13% zugenommen hatte. Innerhalb der OECD-Länder ging das Handelsvolumen zurück, während es ausserhalb der OECD geringfügig zunahm.

Stagnierender Welthandel

Die wirtschaftliche Abkühlung ging in den meisten Industrieländern mit einem Rückgang der Teuerung einher. Der nachlassende Teuerungsdruck ermöglichte es den Zentralbanken, ihre Geldpolitik zu lockern. Besonders kräftig senkte die amerikanische Zentralbank ihre Leitzinsen.

**Sinkende Teuerung –
Lockerung der Geldpolitik**

Ausgeprägt war der Konjunkturabschwung vor allem in den USA. Das reale Bruttoinlandprodukt nahm im Jahre 2001 nur noch um 1,2% zu, verglichen mit 4,1% im Vorjahr. Bremsend wirkte hauptsächlich der Rückgang der Unternehmensinvestitionen sowie der Exporte. Im zweiten Halbjahr gingen auch vom privaten Konsum kaum mehr Impulse aus. Die Industrieproduktion bildete sich zurück und die Kapazitätsauslastung sank im vierten Quartal beträchtlich unter den Stand, den sie während der letzten Rezession im Jahre 1991 erreicht hatte.

**Starker Konjunkturrückgang
in den USA**

Auch die Volkswirtschaften des Euro-Währungsgebietes wurden im Laufe des Jahres 2001 von der Konjunkturschwäche erfasst. Die Exporttätigkeit verlor an Schwung und die Binnennachfrage litt zunehmend unter dem Rückgang des Konsumentenvertrauens. In der zweiten Jahreshälfte stagnierte die Wirtschaft der Euro-Zone. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich das reale Bruttoinlandprodukt um 1,2%, gegenüber 3,5% im Vorjahr. Die tiefste Wachstumsrate verzeichnete Deutschland (0,6%), die höchste Irland (5,6%). In Frankreich und Italien lag das Wirtschaftswachstum mit 2,0% bzw. 1,8% über dem Durchschnitt.

**Abschwächung im
Euro-Währungsgebiet**

Weiterhin günstige Lage im Vereinigten Königreich

Im Gegensatz zu den USA und der Euro-Zone blieb die Konjunkturlage im Vereinigten Königreich günstig. Wohl büssten die Investitionen und die Exporte an Dynamik ein, doch blieb der Konsum robuster als in den meisten anderen Industrieländern. Das reale Bruttoinlandprodukt stieg um 2,3%, verglichen mit 2,9% im Vorjahr.

Rezession in Japan

Die japanische Wirtschaft geriet im Jahre 2001 erneut in eine Rezession. Neben dem verschlechterten internationalen Konjunkturmilieu belasteten anhaltende strukturelle Probleme die Wirtschaft. Das reale Bruttoinlandprodukt sank um 0,5%, nach einer Zunahme von 2,4% im Vorjahr.

Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die weltweite Konjunkturschwäche hinterliess auf den Arbeitsmärkten deutliche Spuren. In den meisten Industrieländern nahm die Beschäftigung nur noch geringfügig zu; in Japan war sie rückläufig. Als Folge erhöhte sich die Arbeitslosenquote in den meisten Industrieländern, besonders stark in den USA und in Japan. In den USA lag die Arbeitslosenquote im Dezember mit 5,8% um fast 2 Prozentpunkte über dem Stand des Vorjahres; in Japan stieg sie in der zweiten Jahreshälfte erstmals seit Anfang der Fünfzigerjahre auf über 5%. Im Euro-Währungsgebiet zog die Arbeitslosenquote im Herbst ebenfalls an, lag jedoch im Jahresdurchschnitt mit 8,5% um einen halben Punkt tiefer als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit stieg vor allem in Deutschland. Auch im Vereinigten Königreich nahm die Arbeitslosenquote bis im Dezember leicht auf 5,3% zu, lag damit aber weiterhin unter dem Stand des Vorjahres.

Rückgang der Teuerung

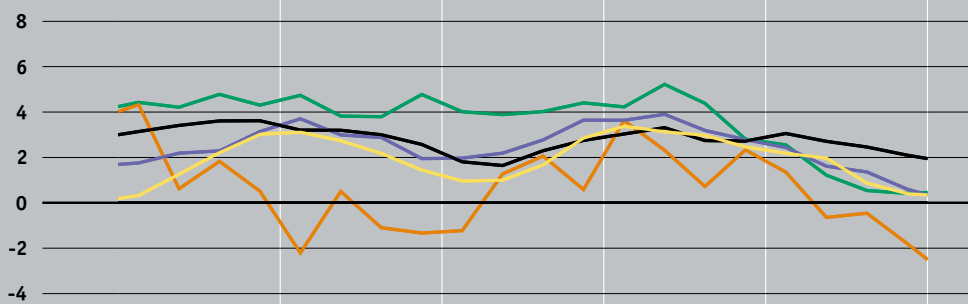
Die an den Konsumentenpreisen gemessene Teuerung bildete sich in den OECD-Ländern im zweiten Halbjahr zurück, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte noch gestiegen war. Der Rückgang war hauptsächlich die Folge sinkender Rohölpreise. Im Dezember kostete das Fass Rohöl Brent auf dem Weltmarkt knapp 19 Dollar, d. h. rund ein Drittel weniger als im Vorjahr. Am Jahresende belief sich die Teuerung auf Konsumstufe in den USA auf 1,6%, nachdem sie im ersten Halbjahr durchschnittlich 3,4% betragen hatte. Im Euro-Währungsgebiet zog sie bis im Mai auf einen Höchstwert von 3,4% an und sank dann kontinuierlich auf 2,1% im Dezember. Dagegen verharrte die Teuerung im Vereinigten Königreich während des ganzen Jahres leicht über 3,0%. In Japan war das Preisniveau auf Konsumstufe, wie schon in den Vorjahren, rückläufig. Der Rückgang verstärkte sich von 0,3% im Januar auf 1,2% im Dezember.

Konvergierende Ertragsbilanzen

Als Folge der konjunkturellen Abschwächung und der sinkenden Erdölpreise bildeten sich die Ertragsbilanzdefizite in vielen Industrieländern zurück. Im Durchschnitt verzeichneten die OECD-Länder im Jahre 2001 ein Ertragsbilanzdefizit von schätzungsweise 1,2% des Bruttoinlandproduktes, verglichen mit 1,3% im Vorjahr. In den USA sank das Defizit besonders kräftig von 4,5% auf 4,1%, während die Euro-Zone, nach einem leichten Defizit im Vorjahr, wieder eine ausgeglichene Bilanz auswies. In Japan hatte die rückläufige Auslandnachfrage eine Verringerung des Ertragsbilanzüberschusses von 2,5% auf 2,1% des Bruttoinlandproduktes zur Folge. In absoluten Zahlen betrug das Defizit in den USA rund 414 Mrd. Dollar, der Überschuss in Japan 87 Mrd. Dollar.

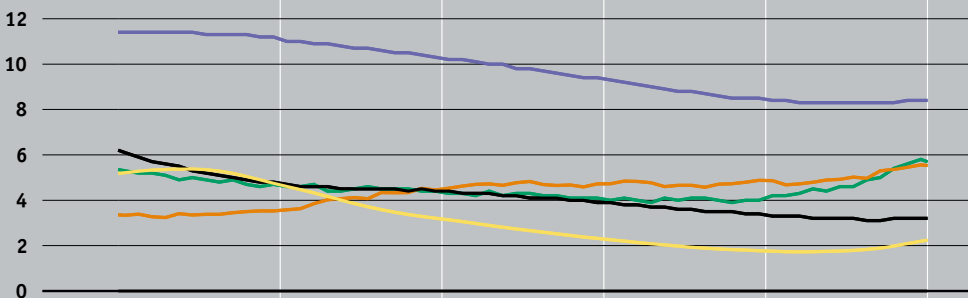
Bruttoinlandprodukt

— USA
— Japan
— Euro-Währungsgebiet
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent.
 Quelle: OECD



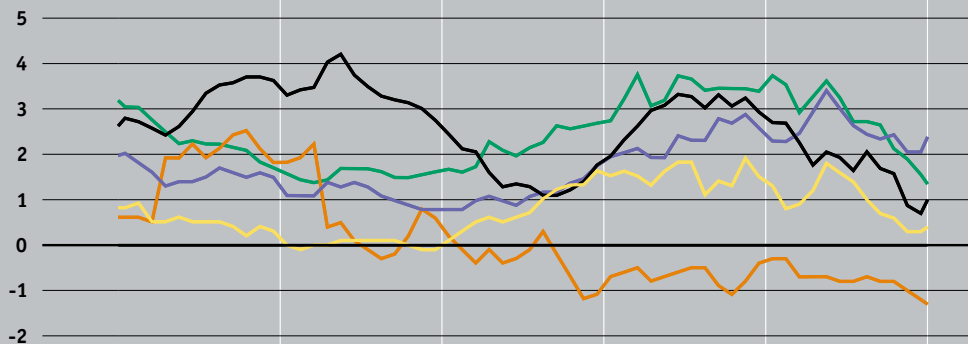
Arbeitslosigkeit

— USA
— Japan
— Euro-Währungsgebiet
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 Saisonbereinigt, in Prozent.
 Quelle: OECD



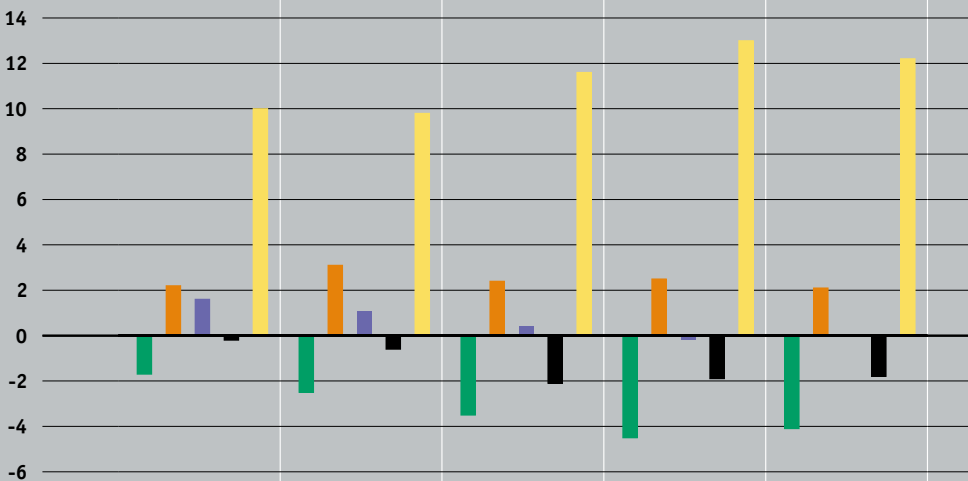
Teuerung

— USA
— Japan
— Euro-Währungsgebiet
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 In Prozent.
 Quelle: OECD



Ertragsbilanz

— USA
— Japan
— Euro-Währungsgebiet
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 Saldo in Prozent des Bruttoinlandproduktes.
 Quelle: OECD



Übersicht Konjunktorentwicklung

	1997	1998	1999	2000	2001
Reales Bruttoinlandprodukt Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent					
USA	4,4	4,3	4,1	4,1	1,2
Japan	1,8	-1,1	0,7	2,4	-0,5
Euro-Währungsgebiet	2,3	2,9	2,7	3,5	1,2
Deutschland	1,4	2,0	1,8	3,0	0,6
Frankreich	1,9	3,5	3,0	3,6	2,0
Italien	2,0	1,8	1,6	2,9	1,8
Vereinigtes Königreich	3,4	3,0	2,1	2,9	2,3
Schweiz	1,7	2,4	1,6	3,0	1,3

Arbeitslosigkeit in Prozent

USA	4,9	4,5	4,2	4,0	4,8
Japan	3,4	4,1	4,7	4,7	5,0
Euro-Währungsgebiet	11,4	10,8	9,9	8,9	8,5
Deutschland	9,4	8,9	8,2	7,5	7,5
Frankreich	12,2	11,6	10,9	9,5	8,9
Italien	11,8	11,9	11,5	10,7	10,0
Vereinigtes Königreich	6,5	5,9	6,0	5,5	5,1
Schweiz	5,2	3,9	2,7	2,0	1,9

Teuerung auf Konsumstufe in Prozent

USA	2,3	1,6	2,2	3,4	3,0
Japan	1,7	0,7	-0,4	-0,7	-0,7
Euro-Währungsgebiet	2,0	1,7	1,2	2,4	2,7
Deutschland	1,5	0,6	0,6	2,1	2,5
Frankreich	1,3	0,7	0,6	1,8	1,9
Italien	1,8	1,7	1,6	2,5	2,7
Vereinigtes Königreich	3,1	3,4	1,6	2,9	3,1
Schweiz	0,5	0,0	0,8	1,6	1,0

Ertragsbilanzsaldo in Prozent des Bruttoinlandproduktes

USA	-1,7	-2,5	-3,5	-4,5	-4,1
Japan	2,2	3,1	2,4	2,5	2,1
Euro-Währungsgebiet	1,6	1,1	0,4	-0,2	0,0
Deutschland	-0,1	-0,3	-1,0	-1,0	-0,7
Frankreich	2,7	2,7	2,5	1,6	1,6
Italien	2,9	1,9	0,7	-0,4	0,1
Vereinigtes Königreich	-0,2	-0,6	-2,1	-1,9	-1,8
Schweiz	10,0	9,8	11,6	12,8	9,9

Die Zahlen für das Jahr 2001
sind zum Teil geschätzt.
Quelle: OECD

In den asiatischen Schwellenländern schwächte sich das Wachstum im Jahre 2001 ebenfalls ab. Dazu trug neben der Konjunkturabkühlung in den Industrieländern und dem Anstieg der Erdölpreise in den Vorjahren auch die instabile politische Lage in einigen Ländern bei. Der Einbruch in der Technologiebranche traf Taiwan, Singapur und Malaysia besonders empfindlich. Dagegen ging das Wachstum in Indien hauptsächlich wegen einer Dürre sowie auslaufender Impulse eines umfangreichen Fiskalpaketes zurück. Die Wirtschaft Chinas entwickelte sich gemäss den verfügbaren Angaben weiterhin günstig, da eine kräftige Inlandnachfrage den Rückgang des Exportwachstums kompensierte.

Abkühlung in den asiatischen Schwellenländern

In den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas verlor die Konjunktur im Jahre 2001 an Kraft. Während die Binnennachfrage im Allgemeinen robust blieb, beeinträchtigte die Abschwächung in den Industrieländern die Exporte. Das Wachstum verlangsamte sich insbesondere in Polen, wozu auch eine Verschärfung der Geldpolitik im Vorjahr beitrug. Mit dem Nachlassen der Teuerung konnte die polnische Zentralbank im Laufe des Jahres 2001 ihre Geldpolitik wieder lockern. Dagegen verschärften die Zentralbanken Tschechiens und Ungarns ihre Geldpolitik aufgrund von Überhitzungserscheinungen. Im Unterschied zu den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern nahm das Wachstum in Rumänien und der Slowakei dank der kräftigen Binnennachfrage zu. Auch in Bulgarien hielt die günstige Konjunkturlage an; das Wachstum war jedoch weniger stark als im Vorjahr.

Geringeres Wachstum in Mittel- und Osteuropa ...

In Russland besserte sich die Konjunkturlage weiter. Das reale Bruttoinlandprodukt wuchs zwar nicht mehr so stark wie im Vorjahr; im internationalen Vergleich war das Wachstum mit real rund 4% jedoch erneut überdurchschnittlich hoch. Vor allem der reale Anstieg der Einkommen und Steuersenkungen stützten die Nachfrage. Der Preisauftrieb schwächte sich zwar tendenziell ab; da jedoch viele administrierte Preise angehoben wurden, verharrte die Inflationsrate mit fast 20% auf dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund der wirtschaftlichen Fortschritte konnte die russische Regierung einen Teil der staatlichen Schulden beim IWF vorzeitig zurückzahlen.

... aber Besserung in Russland

In der Türkei führten zunehmende wirtschaftliche und politische Unsicherheiten im Februar zu einer Währungskrise. Nach der Freigabe des Wechselkurses verlor die türkische Lira massiv an Wert und die Zinssätze stiegen stark. Im Mai stockte der IWF seine Kredite für die Türkei um rund 8 Mrd. Dollar auf, nachdem die türkische Regierung zusätzliche Stabilisierungsmassnahmen in die Wege geleitet hatte. Die Wirtschaftslage besserte sich indessen nur geringfügig. Der Zinsanstieg führte zu einer deutlichen Zunahme der Staatsschuld und belastete das ohnehin fragile Bankensystem. Das Bruttoinlandprodukt sank als Folge der Krise im Jahre 2001 schätzungsweise um real rund 7%.

Wirtschaftskrise in der Türkei

In Lateinamerika verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im Jahre 2001 stark. Die mexikanische Wirtschaft spürte vor allem die Konjunkturschwäche in den USA. In Argentinien verschärfte sich, trotz umfangreicher Programme zur Stimulierung der Wirtschaft, die seit mehr als drei Jahren andauernde Rezession. Damit wurde es für das Land noch schwieriger, die hohen Auslandsschulden zu bedienen. Anfang September gewährte der IWF Argentinien weitere Kredite in Höhe von 8 Mrd. Dollar, nachdem bereits Ende 2000 umfangreiche Gelder zur Bewältigung einer Finanzkrise bereitgestellt worden waren. Die neuen Kredite wurden jedoch nur teilweise ausbezahlt, da sich die Wirtschaftslage weiter verschlechterte. Als Folge dieser Verschlechterung kam es im Dezember zu schweren inneren Unruhen. Brasilien litt zunehmend unter der Krise im Nachbarland. Die wachsende Verunsicherung ausländischer Investoren führte zu einer Abwertung der brasilianischen Währung, was die Behörden zu einer restriktiveren Geld- und Fiskalpolitik zwang. Zur Stützung der brasilianischen Wirtschaft gewährte der IWF im September einen Kredit in Höhe von 15,6 Mrd. Dollar.

1.2 Geldpolitik

Die Zentralbanken der Industrieländer reagierten auf die konjunkturelle Abschwächung mit einer Lockerung der Geldpolitik, nachdem im Vorjahr die Leitzinsen noch erhöht worden waren. In den USA fiel die Lockerung überaus stark aus, während in Europa die Leitzinsen zurückhaltender gesenkt wurden. Die Abflachung der Teuerung und der Teuerungserwartungen erleichterte die Entscheidung, die Zinssätze zu senken.

Die amerikanische Zentralbank senkte ihren Leitzins, den Satz für Tagesgeld, im Laufe des Jahres 2001 in elf Schritten von 6,5 % auf 1,75 %. Damit reduzierte sie die Zinsen rascher und stärker als in früheren Zinssenkungsphasen. Im April fielen die kurzfristigen Zinssätze unter das entsprechende Zinsniveau der Euro-Zone und bis im Dezember sank das kurzfristige Zinsniveau in den USA auf den tiefsten Stand seit vierzig Jahren.

Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte den Leitzins, den Satz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, in der ersten Jahreshälfte nur geringfügig um 0,25 Prozentpunkte auf 4,5 %, da die Teuerung im Euro-Gebiet über der von der EZB festgelegten Obergrenze für Preisstabilität von 2 % lag. Mit dem Rückgang der Teuerung im zweiten Halbjahr reduzierte die EZB den Leitzins in drei Schritten um weitere 1,25 Prozentpunkte auf 3,25 %.

Auch die britische Zentralbank lockerte ihre Geldpolitik. Sie senkte den Leitzins in der ersten Jahreshälfte in drei Schritten um 0,75 Prozentpunkte auf 5,25 % und im zweiten Halbjahr in vier Schritten um weitere 1,25 Prozentpunkte auf 4 %.

Die japanische Zentralbank erhöhte die Bankenliquidität massiv, sodass der Zinssatz für Tagesgeld von 0,25 % im Januar auf 0,0 % im Dezember zurückging. Den Diskontsatz reduzierte sie in vier Schritten von 0,5 % auf 0,1 %.

Lockerung der Geldpolitik

**Markante Leitzinssenkungen
in den USA**

**Langsamere Lockerung
der Geldpolitik im Euro-
Währungsgebiet ...**

**... und im Vereinigten
Königreich**

Zinssenkungen in Japan

1.3 Finanzpolitik

Verschlechterung der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Haushalte schlossen im Jahre 2001 in allen grossen Industrieländern schlechter ab als im Vorjahr. Zu dieser Entwicklung trug einerseits die Abschwächung der Konjunktur bei, die tiefere Steuereinnahmen und höhere Sozialausgaben zur Folge hatte. Andererseits schlugen die Massnahmen zur Steuererleichterung, die in verschiedenen Ländern ergriffen wurden, negativ zu Buche. Zu einer Erhöhung der Staatsausgaben sowie Steuersenkungen kam es vor allem in den USA, wo das Wachstum besonders stark nachliess. Trotz steigender Defizite bildete sich die staatliche Verschuldung, gemessen am Bruttoinlandprodukt, in vielen Ländern zurück.

Weiterhin Überschüsse in den USA und im Vereinigten Königreich

In den USA und im Vereinigten Königreich schlossen die öffentlichen Haushalte erneut mit einem Überschuss ab, doch war dieser in beiden Ländern geringer als im Vorjahr. Während er in den USA deutlich von 1,7% auf 0,6% des Bruttoinlandproduktes sank, ging er im Vereinigten Königreich weniger stark – von 1,9% auf 1,1% – zurück. Die staatliche Verschuldung sank in den USA von 59% auf 58% und im Vereinigten Königreich von 54% auf 52% des Bruttoinlandproduktes.

Anhaltende Defizite im Euro-Währungsgebiet

In den öffentlichen Haushalten des Euro-Gebietes ergab sich im Jahre 2001 insgesamt ein Defizit von 1,2% des Bruttoinlandproduktes, verglichen mit einem leichten Überschuss im Vorjahr. Dieser Überschuss war allerdings zur Hauptsache aufgrund ausserordentlicher Einnahmen in jenen Ländern zustande gekommen, die Lizenzen für mobile Telekommunikationssysteme vergeben hatten. Ohne diese Einnahmen betrug das Defizit im Vorjahr 0,8% des Bruttoinlandproduktes. Die Auflagen des Vertrages von Maastricht für die öffentlichen Haushalte wurden erfüllt, da das Defizit in keinem Mitgliedstaat der Euro-Zone über 3% stieg. Mehrere kleinere Länder erzielten einen Überschuss; Deutschland, Frankreich und Italien verzeichneten weiterhin Defizite in Höhe von 2,5%, 1,5% bzw. 1,4%. Die gesamte Staatsverschuldung im Euro-Gebiet sank geringfügig von 73% auf 72% des Bruttoinlandproduktes. Die höchste Verschuldung wies Italien (108%), die tiefste Luxemburg (5%) aus.

Unverändert hohes Defizit in Japan

In Japan verharrte das öffentliche Defizit auf hohem Niveau. Gemessen am Bruttoinlandprodukt war es mit 6,4% geringfügig tiefer als im Vorjahr. Dazu trug die zurückhaltendere Ausgabenpolitik der Regierung bei; frühere Regierungen hatten mit umfangreichen Konjunkturstimulierungsprogrammen die Wirtschaft zu beleben versucht. Die staatliche Verschuldung lag im Jahre 2001 mit 132% um fast 10 Prozentpunkte über dem Vorjahresstand.

1997





1998

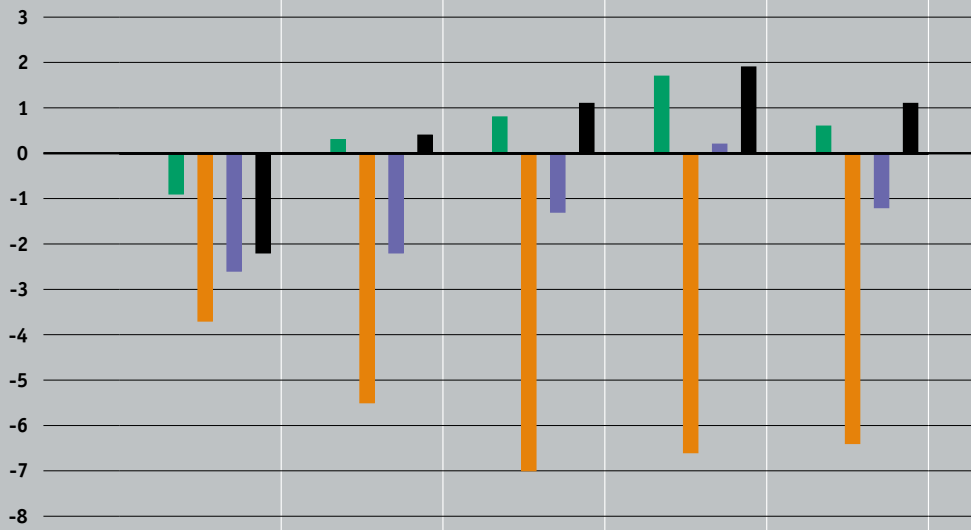
1999

2000





2001

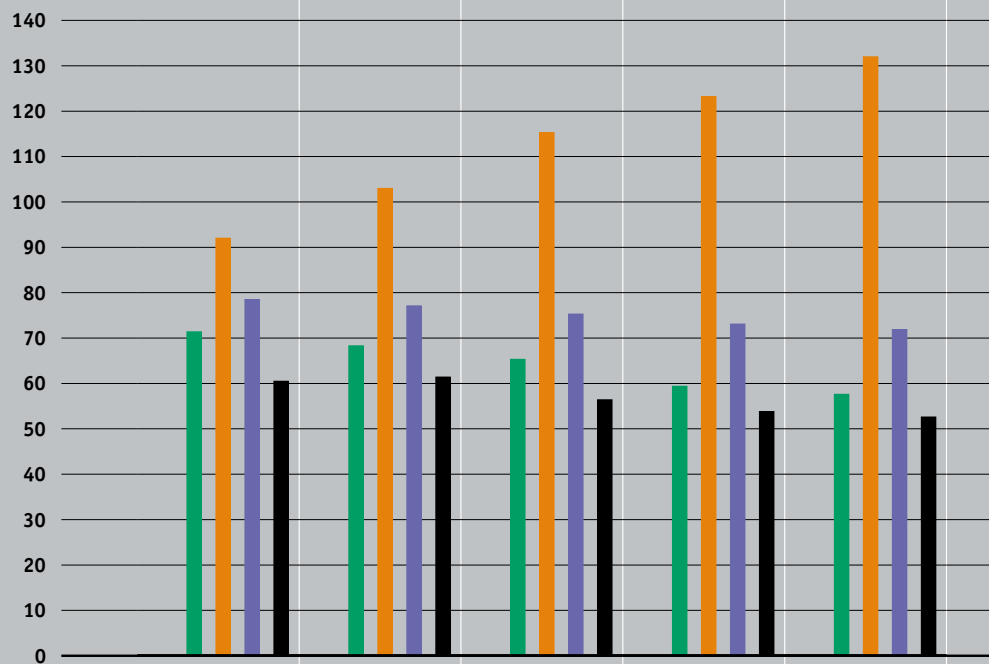
Staatshaushalte

 USA
 Japan
 Euro-Währungsgebiet
 Vereinigtes Königreich
 Staatshaushalte
 (alle öffentlichen
 Haushalte, einschliesslich
 Sozialversicherungen)
 in Prozent des
 Bruttoinlandproduktes.
 Quelle: OECD



Staatliche Verschuldung

 USA
 Japan
 Euro-Währungsgebiet
 Vereinigtes Königreich
 Staatshaushalte
 (alle öffentlichen
 Haushalte, einschliesslich
 Sozialversicherungen)
 in Prozent des
 Bruttoinlandproduktes.
 Quelle: OECD



1.4 Devisenmärkte

Geringerer Anstieg des Dollars

Als Folge der konjunkturellen Abschwächung und der rückläufigen Zinssätze kam der mehrjährige Anstieg des Dollars um die Mitte des Jahres 2001 zum Stillstand. Im dritten Quartal verlor der Dollar erheblich an Wert, erholte sich aber im vierten Quartal wieder. Im Jahresdurchschnitt stieg er gegenüber dem Euro um 3,1% und gegenüber dem Pfund um 5%. Gegenüber dem Franken blieb der Dollar stabil. Real und handelsgewichtet lag der Dollarkurs im Dezember um 5,3% über seinem Vorjahresniveau.

Weitere Abschwächung des Euro ...

Der Euro büsste im ersten Halbjahr 2001 gegenüber dem Dollar weiterhin an Wert ein, stabilisierte sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte. Der Jahresmittelkurs von 0,90 Dollar/Euro lag damit nur wenig unter demjenigen des Vorjahres von 0,92 Dollar/Euro. Zur Stabilisierung des Euro dürfte beigetragen haben, dass die kurzfristigen Zinsen in den USA stärker zurückgingen als im Euro-Währungsgebiet. Gegenüber dem Franken sank der Kurs des Euro im Laufe des Jahres, während er gegenüber dem Pfund anstieg. Real und handelsgewichtet lag er im Dezember um 3,7% über dem Vorjahresniveau, aber um 19% tiefer als bei seiner Einführung im Januar 1999.

... und des Yen

Der Yen verlor im Jahre 2001 deutlich stärker an Wert als in den Vorjahren. Im Dezember lag er gegenüber dem Dollar um 13,3% und gegenüber dem Euro um 12,8% unter dem Stand des Vorjahres. Real und handelsgewichtet bildete sich der Yen um 12,8% zurück.

1.5 Finanzmärkte

Widerstandsfähiges internationales Finanzsystem

Die Terroranschläge vom 11. September in New York trafen das Zentrum des internationalen Finanzsystems. Trotz massiver Zerstörungen blieben sowohl die amerikanischen Banken und Finanzmärkte als auch das übrige internationale Finanzsystem funktionsfähig. Dazu trug zunächst die hohe Professionalität der Finanzmärkte bei. Einen wesentlichen Beitrag leistete die amerikanische Zentralbank, welche die Märkte in den schwierigen Tagen grosszügig mit Liquidität versorgte.

Rückgang der langfristigen Renditen

Nach einem leichten Rückgang und einer anschliessenden Zunahme im ersten Halbjahr 2001 bildeten sich die Renditen für langfristige Staatsanleihen bis im Oktober erneut zurück. Der Rückgang widerspiegelt eine konjunkturbedingt geringere Nachfrage nach Kapital, aber auch eine Abnahme der Teuerungserwartungen. Im November und Dezember zogen die langfristigen Renditen wieder an.

Massiver Zinsrückgang in den USA – aber nur für Schuldner mit guter Bonität

In den USA sanken die Renditen der Staatsanleihen, wobei infolge der expansiven Geldpolitik die kürzerfristigen Renditen erheblich stärker zurückgingen als die langfristigen. Die Rendite einjähriger Staatsanleihen lag im Dezember mit 2,2% um 3,4 Prozentpunkte unter dem Vorjahresstand, während zehnjährige Staatsanleihen mit 5,1% den Stand des Vorjahres nur geringfügig untertrafen. Die Differenz der Renditen staatlicher und privater Anleihen weitete sich im vierten Quartal aus; insbesondere die Renditen für Schuldner minderer Bonität stiegen stark. Darin widerspiegelte sich die ungünstigere Einschätzung der Konjunkturaussichten.

1997

1998

1999

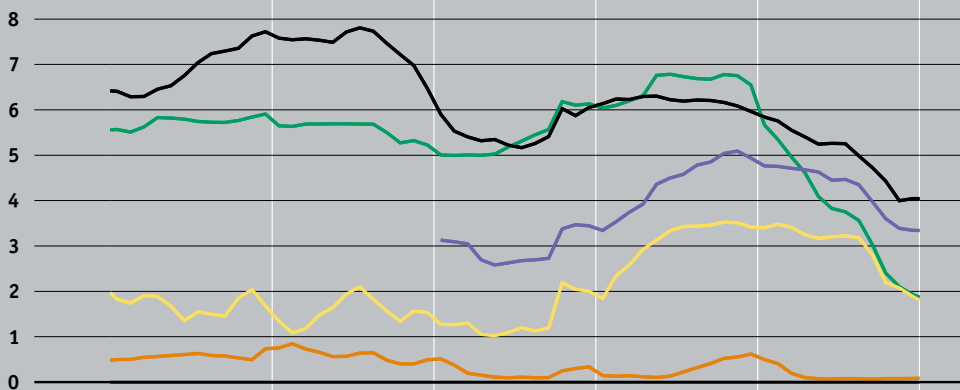
2000

2001

Kurzfristige Zinssätze

- Dollar
- Yen
- Euro
- Pfund
- Franken

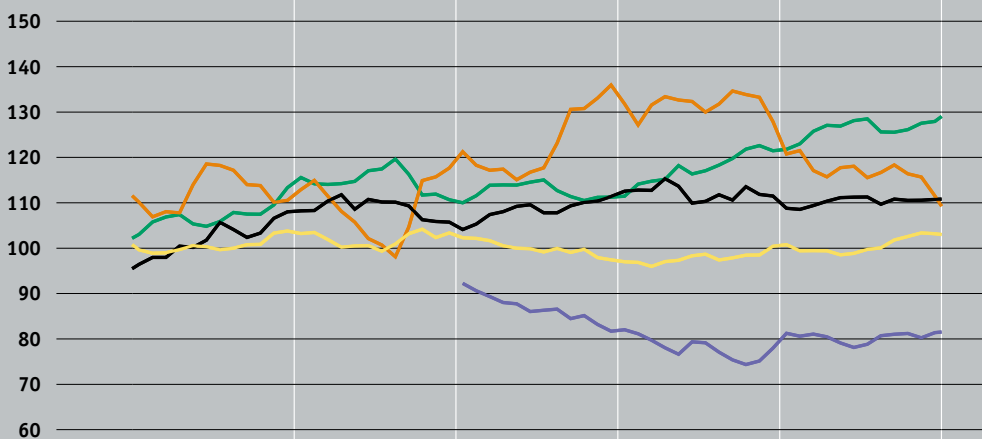
Dreimonatige Zinssätze
auf dem Euromarkt,
in Prozent.
Quelle: BIZ



Reale handelsgewichtete Wechselkurse

- Dollar
- Yen
- Euro
- Pfund
- Franken

Index 1995 = 100.
Quelle: BIZ



1997

1998

1999

2000

2001

**Geringfügiger Zinsrückgang
in Europa ...**

Auch in Europa sanken die langfristigen Renditen nur wenig. Im Dezember lag die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen im Euro-Währungsgebiet mit 5 % um lediglich 0,1 Prozentpunkte unter dem Vorjahresstand, während sie im Vereinigten Königreich mit 4,9 % konstant blieb. Die Lockerung der Geldpolitik führte zu einer Zunahme der Differenz zwischen kurz- und langfristigen Zinssätzen. Im Vereinigten Königreich sanken die kurzfristigen Zinssätze im September erstmals seit fast zwei Jahren wieder unter die langfristigen Renditen.

... und Japan

In Japan bildete sich die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen bis im Juni auf 1,2 % zurück, erhöhte sich aber in der zweiten Jahreshälfte wieder leicht. Im Dezember lag sie mit 1,3 % um 0,3 Prozentpunkte unter dem Stand des Vorjahres.

Einbruch der Aktienkurse

An allen wichtigen Börsenplätzen waren die Aktienkurse im Jahre 2001 rückläufig. Nach den Terroranschlägen in den USA brachen die Kurse stark ein, erholten sich aber bis zum Jahresende wieder. Dennoch lagen sie im Dezember weiterhin deutlich unter ihrem Vorjahresstand. Der Rückgang war in Europa und Japan ausgeprägter als in den USA.

**Geringere Beanspruchung
der Finanzmärkte**

Die Nettobeanspruchung der internationalen Finanzmärkte sank im Jahre 2001 deutlich auf 1071 Mrd. Dollar (Vorjahr: 1243 Mrd. Dollar). Während die Nettobeanspruchung mittel- und langfristiger Anleihen weiter stieg, war diejenige der Geldmarktinstrumente stark rückläufig. Die Marktanteile der einzelnen Emissions-Währungen verschoben sich zugunsten des Euro; mit 44 % war der Anteil des Euro um 6 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Der Anteil des Dollars ging um 2 Prozentpunkte auf 47 % zurück. Auch das Pfund und der Yen verloren Marktanteile, während der Anteil des Frankens unbedeutend blieb.

**Rückläufige Gewinne der
Banken**

Die Banken in den USA und in Europa verzeichneten im Jahre 2001 zum Teil hohe Gewinneinbussen. Neben der Verschlechterung der Konjunkturlage spürten sie insbesondere den Einbruch beim Aktien- und Anleihengeschäft. Der Konsolidierungsprozess der Bankenbranche in den Industrieländern setzte sich fort. Die Banken waren bestrebt, durch Übernahmen, Fusionen und Allianzen ihre Kosten zu senken und gleichzeitig die nötige Grösse zu erreichen, um im schärferen nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

**Schwierige Lage der Banken
in Japan ...**

Die Lage der japanischen Banken verschlechterte sich weiter. Der Bestand an Problemkrediten nahm zu und der Kurszerfall an den Börsen erforderte höhere Abschreibungen auf Wertpapieren. Die Regierung leitete verschiedene Massnahmen in die Wege, um die Reform der Bankenbranche zu beschleunigen. Insbesondere sollen die staatliche Aufsicht im Zusammenwirken mit unabhängigen Wirtschaftsprüfern verschärft und die Aufgaben der bestehenden staatlichen Auffanggesellschaft erweitert werden. Diese Gesellschaft übernimmt und saniert in Schwierigkeiten geratene Banken sowie – neu – auch Bankkredite anderer Schuldner.

... und in der Türkei

Die Wirtschaftskrise in der Türkei führte zu Schliessungen und Fusionen in der Bankenbranche. Verschiedene Institute wurden zunächst vom Staat übernommen. Auf Druck des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank begann der Staat mit dem Verkauf dieser Banken. Er leitete zudem eine Reform der Bankengesetzgebung sowie Massnahmen zur besseren Durchsetzbarkeit dieser Regeln ein.

1997

1998

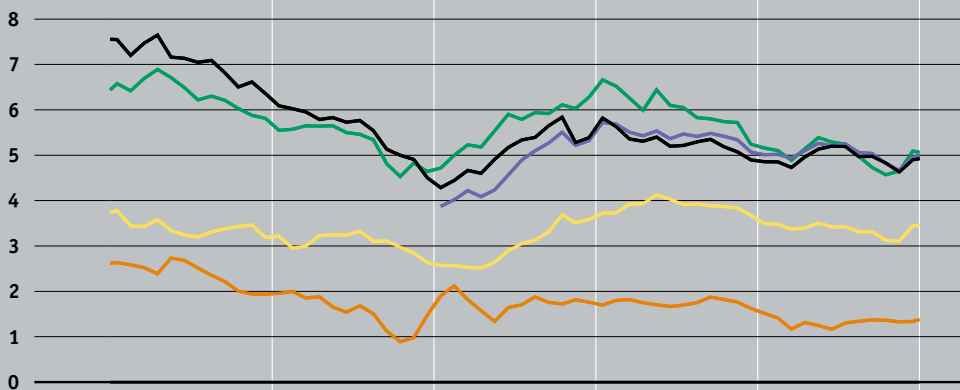
1999

2000

2001

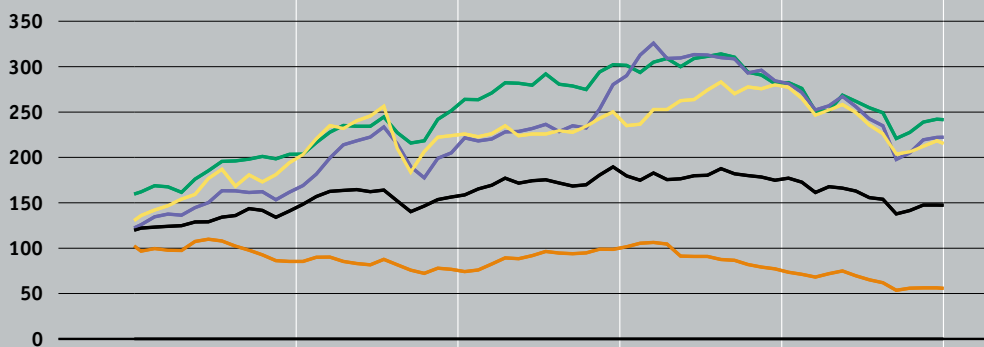
Langfristige Zinssätze

— USA
— Japan
— Euro-Währungsgebiet
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 Rendite zehnjähriger Staatspapiere, in Prozent.
 Quelle: BIZ



Aktienkurse

— USA: Standard & Poor's 500
— Japan: Nikkei 225
— Euro-Währungsgebiet: EuroSTOXX
— Vereinigtes Königreich: FT-SE
— Schweiz: SPI
 Index Januar 1994 = 100.
 Quelle: BIZ



1997

1998

1999

2000

2001

Fortschreitende Privatisierung der Banken in Mittel- und Osteuropa

Börsen unter Konsolidierungsdruck

Verschärfung der Massnahmen gegen die Geldwäscherei

In den mittel- und osteuropäischen Ländern wurde die Privatisierung der Bankenbranche vorangetrieben. Zunehmend expandierten Banken westlicher Staaten in diese Länder. Die Bankreform in Russland kam nur wenig voran.

In Europa und in Nordamerika hielt der Druck auf die Börsen an, mittels Fusionen oder Allianzen das Handelsvolumen zu erhöhen, die Systeme besser auszulasten und damit die durchschnittlichen Transaktionskosten für Wertpapiere zu senken. Dies führte unter anderem zur Übernahme der Londoner Technologiebörse Liffe durch die Euronext, die im Vorjahr aus den Börsen von Amsterdam, Brüssel und Paris gebildet worden war. Zudem nahm die von der Schweizer Börse und der britischen Handelsplattform Tradepoint im Jahre 2000 gegründete Börse Virt-x den Handel mit europäischen Blue Chips auf.

Zahlreiche Länder verschärften nach den Terroranschlägen in den USA ihre Massnahmen gegen die Geldwäscherei. Sie erweiterten insbesondere den Geltungsbereich der bestehenden Gesetzgebung zur Aufdeckung von Geldern kriminellen Ursprungs und die Vollmachten der Aufsichtsbehörden. Ende Oktober publizierte die Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) der OECD neue Empfehlungen zur Verhinderung der Finanzierung von Terrororganisationen.

2 Schweiz

2.1 Realwirtschaftliche Entwicklung

Die schweizerische Konjunktur verlor im Jahre 2001 deutlich an Schwung. Zwar hatte sich bereits im zweiten Halbjahr 2000 eine gewisse Verlangsamung abgezeichnet, doch erschien diese angesichts der hohen Kapazitätsauslastung, zunehmender Verknappungserscheinungen auf dem Arbeitsmarkt sowie einer wachsenden Teuerungsgefahr zunächst als erwünscht. Infolge der raschen Verschlechterung des internationalen Konjunkturumfeldes und der ausgeprägten Krise im Technologiesektor fiel die Abschwächung aber stärker aus als erwartet.

Konjunkturumschwung

Das reale Bruttoinlandprodukt stieg im Jahre 2001 um 1,3%, nach einem Zuwachs von 3,0% im Vorjahr. Alle Nachfragekomponenten büssten an Dynamik ein. Am ausgeprägtesten war die Wende bei den Exporten und den Ausrüstungsinvestitionen. Der private Konsum sowie in geringerem Ausmass die Bauinvestitionen stützten dagegen weiterhin die Konjunktur.

**Abschwächung
auf breiter Basis**

Die Industrie spürte die konjunkturelle Verlangsamung besonders stark. Betroffen waren neben der Exportwirtschaft diejenigen Unternehmen, die Technologiegüter herstellen. Der Sammelindikator «Geschäftsgang in der Industrie» der KOF/ETH, der die Stimmung in der Industrie wiedergibt, bildete sich deutlich zurück. Im zweiten Halbjahr fiel er erstmals seit der Asienkrise 1997/98 wieder in den negativen Bereich. Die Bestellungen und die Produktion nahmen ab, während die Fertigfabrikatelager als zu hoch beurteilt wurden. In der Folge sank die Kapazitätsauslastung markant und lag am Ende des Jahres mit 80,3% unter ihrem langfristigen Durchschnitt von gut 84%.

**Starke Verlangsamung
in der Industrie**

Der private Konsum stieg im Jahre 2001 um 2,3%, verglichen mit 2,0% im Vorjahr. Gestützt durch steigende verfügbare Einkommen und eine gute Beschäftigungslage entwickelte er sich bis im Herbst günstig. Unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September und einer Häufung von negativen Meldungen aus dem Inland – wie dem Zusammenbruch der Swissair – schlug die Konsumentenstimmung im Oktober um. Die privaten Haushalte schränkten in der Folge vor allem die Ausgaben für teure dauerhafte Konsumgüter ein und bevorzugten statt Auslandsreisen vermehrt Destinationen im Inland. Das schweizerische Gastgewerbe vermochte damit die rückläufige Zahl ausländischer Gäste teilweise auszugleichen.

**Robuster privater Konsum
bis im Herbst**

Die Ausrüstungsinvestitionen flachten nach mehreren Jahren kräftigen Wachstums ab. Im Jahresdurchschnitt sanken sie um 3,4%, verglichen mit einem Anstieg von 9,0% im Vorjahr. Insbesondere die Nachfrage nach Technologiegütern und Transportmitteln war stark rückläufig. Mit 14,2% war der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am realen Bruttoinlandprodukt jedoch weiterhin höher als zu Beginn der Neunzigerjahre (12,3%).

Ende des Ausrüstungsbooms

Die Bauinvestitionen nahmen im Jahre 2001 mit 1,3% weniger stark zu als im Vorjahr (2,1%). Mit ihrem hohen Wertschöpfungsanteil im Inland leisteten sie aber dennoch einen beachtlichen Wachstumsbeitrag. Wie im Vorjahr bildeten die Eisenbahngrossprojekte (NEAT, Bahn 2000) eine wichtige Stütze der Bauwirtschaft. Infolge der steigenden Beschäftigung entwickelte sich auch der kommerzielle Bau günstig. Dagegen expandierte der Wohnungsbau nur noch in wenigen Regionen; gesamtschweizerisch nahm das Bauvolumen in dieser Sparte leicht ab.

**Leicht höhere
Bauinvestitionen**

Schwächer wachsende Exporte

Die schweizerische Exportindustrie litt zunehmend unter der Abkühlung der internationalen Konjunktur. Auch die Schwäche des Euro erschwerte die Exporttätigkeit. Die realen Güterausfuhren stiegen mit 2,1% deutlich schwächer als im Vorjahr (7,1%). Dank der dynamischen Entwicklung im ersten Halbjahr konnten zwar die Ausfuhren in die EU, in der rund 60% der schweizerischen Exportgüter abgesetzt werden, nominell um 5,2% gesteigert werden. Die Ausfuhren in die USA, die im Vorjahr noch mit zweistelligen Wachstumsraten zugenommen hatten, sanken dagegen nominell um 5,2%. Auch die Exporte in die Schwellenländer Asiens lagen unter dem Vorjahresniveau, während diejenigen in die Erdöl exportierenden Länder stark stiegen. Die Lieferungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten waren rückläufig, während diejenigen von Investitionsgütern stagnierten. Dagegen zogen die Konsumgüterexporte an. Die Exportpreise (Preismittelwerte) erhöhten sich mit 2,0% weniger stark als im Vorjahr (3,3%).

Rückgang der Dienstleistungsexporte

Die Abschwächung der internationalen Konjunktur wirkte sich besonders auf die Exporte von Dienstleistungen aus. Die Dienstleistungsexporte sanken um 6,3%, verglichen mit einer Zunahme von 15,4% im Vorjahr.

Stagnierende Importe

Mit der konjunkturellen Abkühlung in der Schweiz schwächte sich die Nachfrage nach ausländischen Gütern ab. Die realen Güterimporte stagnierten (-0,4%), nachdem sie im Vorjahr um 7,0% gestiegen waren. Als Folge der gedrückten Industriekonjunktur wurden vor allem weniger Investitionsgüter sowie Rohstoffe und Halbfabrikate eingeführt. Auch die Importe von Konsumgütern bürsteten an Dynamik ein. Infolge der rückläufigen Erdölpreise zog einzig die Nachfrage nach Energieträgern deutlich an. Die Importpreise (Preismittelwerte) erhöhten sich um 1,6%, verglichen mit 6,0% im Vorjahr. Neben den tieferen Dollarnotierungen für Erdölprodukte wirkte der Anstieg des Frankenkurses preisdämpfend.

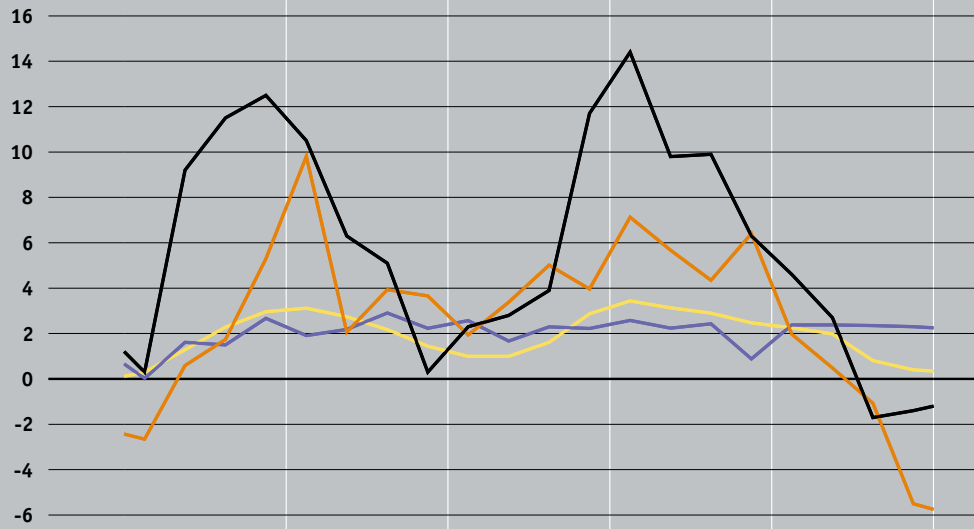
Bruttoinlandprodukt und Komponenten

Reale Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	1997	1998	1999	2000	2001
Privater Verbrauch	1,4	2,3	2,2	2,0	2,3
Staatlicher Verbrauch	0,0	1,3	0,5	-0,4	0,1
Anlageinvestitionen	1,5	4,5	3,7	5,8	-1,3
Ausrüstungen	4,9	8,9	10,6	9,0	-3,4
Bau	-1,5	0,4	-3,3	2,1	1,3
Inlandnachfrage	1,3	3,5	2,6	2,4	0,9
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	8,6	5,4	5,2	10,0	1,0
Gesamtnachfrage	3,4	4,0	3,3	4,7	0,9
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	7,6	8,3	7,5	8,5	0,0
Bruttoinlandprodukt	1,7	2,4	1,6	3,0	1,3

Bruttoinlandprodukt und Komponenten

— Reales Bruttoinlandprodukt
— Privatkonsum
— Anlageinvestitionen
— Exporte
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, real.
 Quelle: SECO



Wende auf dem Arbeitsmarkt

Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums hinterliess auf dem Arbeitsmarkt deutliche Spuren. Seit dem Frühjahr bildete sich der Manpower-Index, der die Fläche der Stelleninserate in den Zeitungen misst, zurück. Die Zahl der Arbeitslosen nahm bis zum Jahresende spürbar zu.

Schwächeres Beschäftigungswachstum

Im Jahresdurchschnitt stieg die Beschäftigung um 1,1%, verglichen mit 2,2% im Vorjahr. Von der Abschwächung waren alle Wirtschaftssektoren betroffen. Im Dienstleistungssektor erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze um 1,3%, gegenüber 2,6% im Vorjahr. Während die Banken und Versicherungen sowie die Informatikbranche die Beschäftigung nochmals leicht ausweiteten, wurden im Gastgewerbe, in der Verkehrs- und Nachrichtenbranche sowie in der öffentlichen Verwaltung Arbeitsplätze abgebaut. In der Industrie wuchs die Beschäftigung um 1,0%, wobei sich der Zuwachs wie schon im Vorjahr auf wenige Branchen konzentrierte. Dazu gehören die chemische Industrie, die Metallindustrie, die Elektronik- und Elektrizitätsindustrie sowie die Uhren- und Präzisionsinstrumente-Industrie. In den meisten übrigen Industriezweigen schrumpfte die Beschäftigung. In der Bauwirtschaft wurde der Personalbestand leicht reduziert, nachdem er im Vorjahr stark erhöht worden war.

Zunehmende Zahl ausländischer Arbeitskräfte

Auch im Jahre 2001 wurde ein erheblicher Teil der neu geschaffenen Stellen durch ausländische Arbeitskräfte besetzt. Am stärksten nahm die Zahl der Erwerbstätigen mit einer Niederlassungsbewilligung zu, doch wurden auch mehr Grenzgänger und Jahresaufenthalter beschäftigt. Dagegen erhöhte sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, die über eine Saisonbewilligung verfügen, nur geringfügig.

Steigende Arbeitslosigkeit

Der seit Mitte 1997 anhaltende Rückgang der Arbeitslosigkeit kam im ersten Halbjahr 2001 zum Stillstand. Bis zum Jahresende stieg die Arbeitslosigkeit wieder an. Im Dezember betrug die Zahl der Stellensuchenden sowie der bei den regionalen Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen 123 500 bzw. 79 500 (saisonbereinigte Werte) und lag damit um 18 700 bzw. 17 200 Personen höher als beim Jahrestiefstand. Die Quote der Stellensuchenden nahm bis Dezember um 0,5 Prozentpunkte auf 3,4% zu, die Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 2,2%.

Weiterhin regionale Unterschiede

Die regionalen Unterschiede blieben bestehen. Im Tessin und in der Westschweiz belief sich die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf je 2,8% und in der deutschen Schweiz auf 1,5%.

Vermehrte Kurzarbeit

Vermehrt führten die Unternehmen auch wieder Kurzarbeit ein. Im Dezember betrug die Zahl der Kurzarbeitenden 7200 Personen, verglichen mit 400 Personen zu Beginn des Jahres.

1997

1998

1999

2000

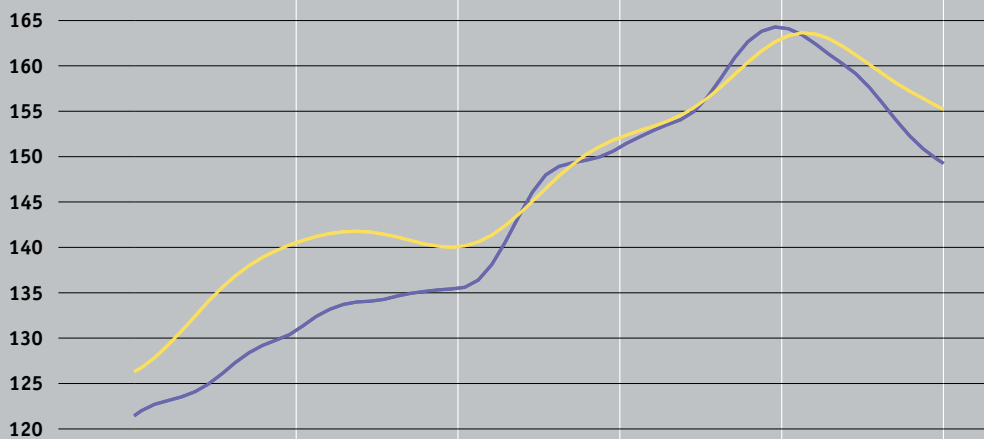
2001

Aussenhandel

Import

Export

Volumen, saisonbereinigt und geglättet.
Index: 1988 = 100.
Quelle: OZD

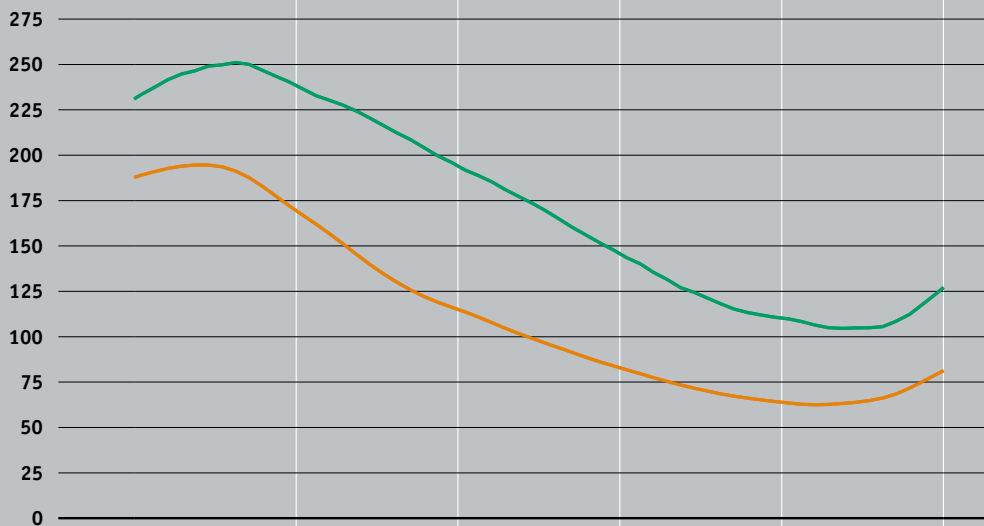


Arbeitsmarkt

Arbeitslose

Stellensuchende

In Tausend, saisonbereinigt.
Quelle: SECO



Zunahme der Erwerbstätigkeit

Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), die jeweils im zweiten Quartal durchgeführt wird, erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen innert Jahresfrist um 1,5% auf 3 938 000 Personen. Der gegenüber dem Vorjahr verstärkte Anstieg ist ausschliesslich auf eine höhere Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Die Zahl der Personen mit einem Arbeitspensum zwischen 50% und 90% nahm um 7,3% und die Zahl der Personen mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 50% um 4,8% zu, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten geringfügig zurückging. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung erhöhte sich damit innert Jahresfrist von 29,3% auf 30,7%. Bei den Frauen war die Tendenz zu vermehrter Teilzeitbeschäftigung ausgeprägter als bei den Männern. Die Erwerbsquote der Frauen betrug 73,2%, diejenige der Männer 89,2%. Neben einer höheren Partizipationsrate der Frauen trug insbesondere die verstärkte Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte zum Anstieg der Beschäftigung bei.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	1997	1998	1999	2000	2001
Vollzeitbeschäftigte ¹ Veränderung in Prozent	-1,9	-0,4	-0,2	1,0	0,7
Voll- und Teilzeitbeschäftigte ¹ Veränderung in Prozent	-1,3	0,7	1,6	2,2	1,1
Erwerbstätige ² Veränderung in Prozent	-0,4	1,8	0,8	1,2	1,5
Arbeitslosenquote in Prozent	5,2	3,9	2,7	2,0	1,9
Arbeitslose in 1000	188,3	139,7	98,6	72,0	67,2
Kurzarbeitende in 1000	6,6	3,1	2,9	0,7	2,4
Manpower Stellenindex ³ Veränderung in Prozent	0,4	35,7	26,2	25,2	-11,5

1 gemäss Beschäftigungsstatistik
2 gemäss SAKE
3 Fläche der Stelleninserate in den Zeitungen
Quellen: BFS, SECO, Manpower

Rückgang der Teuerung

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung bildete sich im Jahre 2001 zurück. Im Jahresdurchschnitt belief sie sich auf 1,0%, verglichen mit 1,6% im Vorjahr. Preisdämpfend wirkte insbesondere die Verbilligung von Erdölprodukten, nachdem im Vorjahr der Anstieg der Erdölpreise die Teuerung geschürt hatte. Die Warenpreise stagnierten, nach einem Anstieg von 3,1% im Vorjahr. Bei den Dienstleistungen zog die Teuerung dagegen von 0,4% auf 1,8% an. Zu dieser Entwicklung trug hauptsächlich die Erhöhung der Wohnungsmieten bei, deren Jahresteuern sich mit 2,8% gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelte.

Verstärkter Preisauftrieb bei den inländischen Gütern

Im Gegensatz zum Vorjahr gingen die Teuerungsimpulse vorwiegend von den inländischen Waren und Dienstleistungen aus. Die Teuerung der inländischen Güter stieg von 0,7% auf 1,7%. Die Güter ausländischer Herkunft verbilligten sich dagegen um 1,2%, verglichen mit einem Anstieg von 4,1% im Vorjahr.

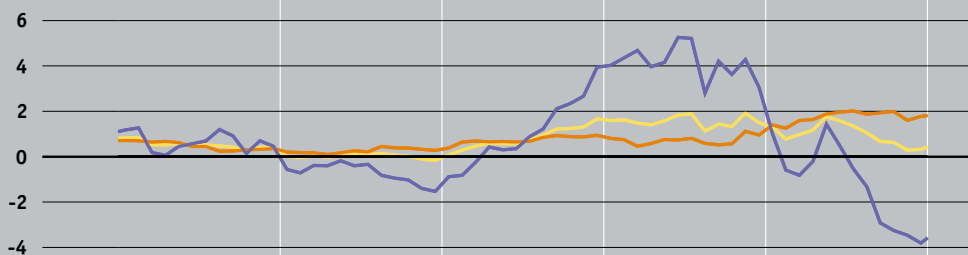
Stabile Produzenten- und Importpreise

Auch auf der Produzenten- und Importstufe liess der Teuerungsdruck nach. Nachdem das Preisniveau des Gesamtangebots im Jahre 2000 um 2,7% gestiegen war, blieb es im Jahre 2001 nahezu unverändert (-0,1%). Während sich die im Inland hergestellten Waren um 0,5% verteuerten, sanken die Importpreise um 1,6%. Die Rohstoffe verbilligten sich gegenüber dem Vorjahresstand um 9,4%, die Halbfabrikate um 0,2%. Dagegen stiegen die Preise der Konsum- und Investitionsgüter um 0,9% bzw. um 1,0%.

Konsumentenpreise

— Konsumentenpreise
— Inlandgüter
— Auslandgüter

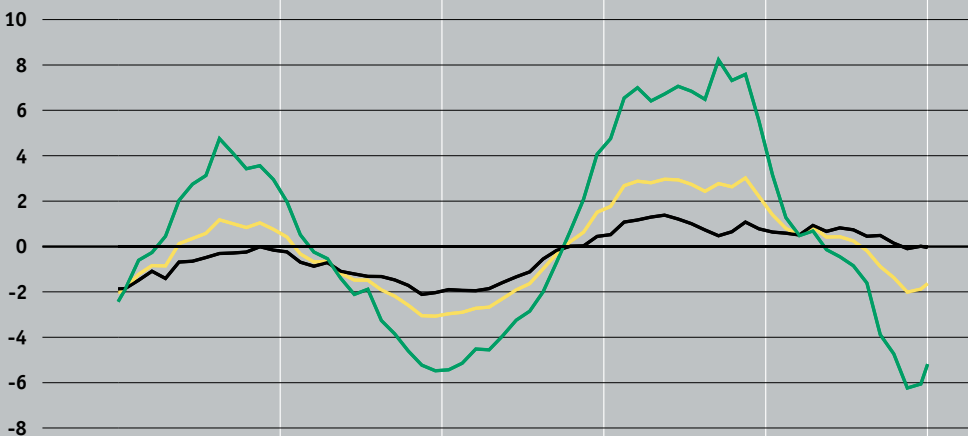
Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent.
 Quelle: BFS



Produzenten- und Importpreise

— Produzenten- und Importpreise
— Produzentenpreise
— Importpreise

Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent.
 Quelle: BFS



Rückläufiger
Ertragsbilanzüberschuss

Handelsbilanzüberschuss –
geringeres
Nettokapitaleinkommen

Der Ertragsbilanzüberschuss sank im Jahre 2001 um 10,8 Mrd. auf 41,5 Mrd. Franken. Zu diesem Rückgang trug vor allem der geringere Überschuss im Dienstleistungsverkehr sowie bei den Kapitaleinkommen bei. Gemessen am Bruttoinlandprodukt sank der Ertragsbilanzüberschuss von 12,8% auf 9,9%.

Die Warenexporte und -importe (Spezialhandel) erhöhten sich wertmässig um 4,1% bzw. 1,1%, nachdem sie im Jahre 2000 mit zweistelligen Wachstumsraten gestiegen waren. Die Handelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 1,7 Mrd. Franken. Im gesamten Warenhandel, der neben dem Spezialhandel auch Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten sowie die elektrische Energie umfasst, ergab sich mit 3,6 Mrd. Franken ein leicht tieferes Defizit als im Vorjahr. Der Überschuss der Dienstleistungsbilanz lag mit 22,0 Mrd. um 1,4 Mrd. Franken unter dem Vorjahresniveau. Höhere Ausgaben der Inländer im Ausland führten zu einer Abnahme des Überschusses im Fremdenverkehr und die Kommissionserträge der Banken nahmen markant ab. Der Aktivsaldo der Arbeits- und Kapitaleinkommensbilanz ging von 39,6 Mrd. im Jahre 2000 auf 30,2 Mrd. Franken im Jahre 2001 zurück, da die Nettoerträge aus Portfolioanlagen und Direktinvestitionen sowie aus dem Zinsgeschäft der Banken rückläufig waren. Das Defizit der laufenden Übertragungen betrug 7,1 Mrd. Franken, verglichen mit 6,5 Mrd. Franken im Vorjahr.

Ertragsbilanz Salden in Mrd. Franken

	1997	1998	1999 revidiert	2000 provisorisch	2001 geschätzt
Waren	-0,5	-2,3	-0,3	-4,2	-3,6
Spezialhandel	2,0	2,2	1,0	-2,1	1,7
elektrische Energie	0,7	0,7	0,6	0,5	0,9
Übriger Warenverkehr	-3,2	-5,2	-1,9	-2,6	-6,4
Dienste	18,9	19,6	20,0	23,4	22,0
davon Fremdenverkehr	1,4	1,7	1,6	2,2	1,6
davon Privatversicherungen	2,0	2,2	2,7	2,3	2,4
davon Transporte	1,3	1,2	1,4	1,7	2,4
davon Bankkommissionen	8,8	9,2	11,1	13,3	11,8
Arbeits- und Kapitaleinkommen	23,4	25,9	31,4	39,6	30,2
Arbeitseinkommen	-6,5	-6,4	-6,5	-6,9	-7,7
Kapitaleinkommen	30,0	32,4	37,8	46,5	38,0
Laufende Übertragungen	-4,9	-5,3	-7,5	-6,5	-7,1
Ertragsbilanz Total	37,0	37,8	43,5	52,3	41,5

2.2 Finanzpolitik

Die Finanzrechnung des Bundes schloss im Jahre 2001 mit einem Defizit von 1,3 Mrd. Franken bzw. 0,3% des Bruttoinlandproduktes ab, nachdem sich im Vorjahr ein Überschuss von 4,6 Mrd. Franken ergeben hatte. Budgetiert war ein geringer Überschuss von 18 Mio. Franken. Bei den Einnahmen fielen vor allem die Erträge aus der Verrechnungssteuer geringer als budgetiert aus. Dagegen entwickelten sich die nichtfiskalischen Einnahmen (insbesondere eine Darlehensrückzahlung der Arbeitslosenversicherung und eine Kapitalrückzahlung der Swisscom) günstiger als erwartet. Insgesamt waren die Einnahmen im Jahre 2001 nur geringfügig tiefer als veranschlagt; die Ausgaben lagen dagegen deutlich über dem budgetierten Wert. Negativ zu Buche schlugen hauptsächlich ein zusätzliches Darlehen an die Landesausstellung Expo.02 sowie die Finanzhilfe des Bundes an die Swissair und zum Aufbau einer neuen Fluggesellschaft.

Gemäss dem vom Parlament verabschiedeten Voranschlag erwartet der Bund für das Jahr 2002 ein Defizit von 294 Mio. Franken. Während die Ausgaben gegenüber dem Budget 2001 mit 4,8% stärker als das nominelle Bruttoinlandprodukt zunehmen dürften, steigen die veranschlagten Einnahmen mit 4,2% voraussichtlich weniger stark.

Mit dem Rechnungsdefizit von 1,3 Mrd. Franken verfehlte der Bund das im Jahre 1998 in die Bundesverfassung aufgenommene «Haushaltsziel 2001». Dieses liess für das Jahr 2001 ein Defizit von maximal 2% der Einnahmen bzw. 1,2 Mrd. Franken zu.

Gemäss den verfügbaren Angaben schlossen die Kantonshaushalte im Jahre 2001 mit einem Defizit von insgesamt 500 Mio. Franken ab. Budgetiert worden war ein Defizit von 600 Mio.

Gemäss ersten Schätzungen verfügten die meisten Gemeinden über gesunde Finanzen. Insgesamt ergab sich, wie budgetiert, ein Überschuss von 200 Mio. Franken.

Die Schuldenquote (Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) von Bund, Kantonen und Gemeinden verringerte sich weiter von 51,3% auf 49,6%. Gut die Hälfte der Schulden entfiel auf den Bund, 30% auf die Kantone und knapp 20% auf die Gemeinden.

Im November 2001 wurde die Botschaft zur Neugestaltung des Finanzausgleichs vom Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedet. Der Neue Finanzausgleich (NFA) sieht vor, die Aufgaben und Finanzströme zwischen Bund und Kantonen zu entflechten, die Verantwortlichkeiten klar zuzuordnen und die Lasten gerechter zu verteilen. Dadurch sollen die staats- und finanzpolitische Handlungsfähigkeit von Bund und Kantonen gestärkt sowie die finanziellen Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen verringert werden.

Verschlechterung der Bundesfinanzen

Budget 2002

Verfehlung des verfassungsmässigen Haushaltsziels

Defizit bei den Kantonen



Überschuss bei den Gemeinden

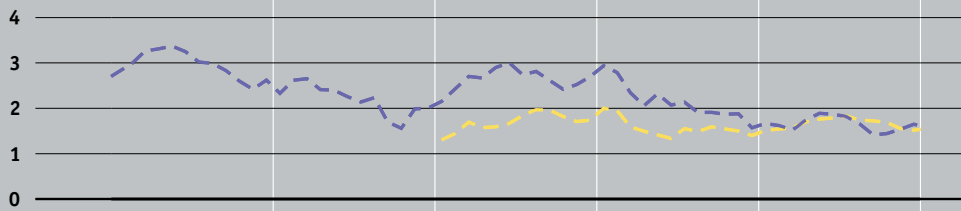
Weiter rückläufige Schuldenquote

Botschaft zum neuen Finanzausgleich



Das Instrument der Schuldenbremse wurde am 2. Dezember von Volk und Ständen in einer Abstimmung mit grosser Mehrheit gutgeheissen. Die Schuldenbremse soll verhindern, dass die Schulden des Bundes ansteigen und sich im Bundeshaushalt ein strukturelles Ungleichgewicht ergibt. Das neue Instrument löst die Übergangsbestimmung zum «Haushaltsziel 2001» ab und ist auf Verfassungsstufe verankert. Es besteht aus einer konkreten Regel für die zulässige Entwicklung der Ausgaben in der Finanzrechnung: Grundsätzlich soll die Rechnung über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen sein, wobei konjunkturbedingte Schwankungen des Saldos möglich sind. Der Höchstbetrag für die Ausgaben wird an die Höhe der Einnahmen gebunden, jedoch um einen Faktor korrigiert, der die konjunkturelle Lage berücksichtigt.

Differenzen langfristiger Zinssätze

 Euro-Währungsgebiet - Schweiz
 USA - Schweiz
 Differenz in Prozentpunkten.
 Quelle: BIZ






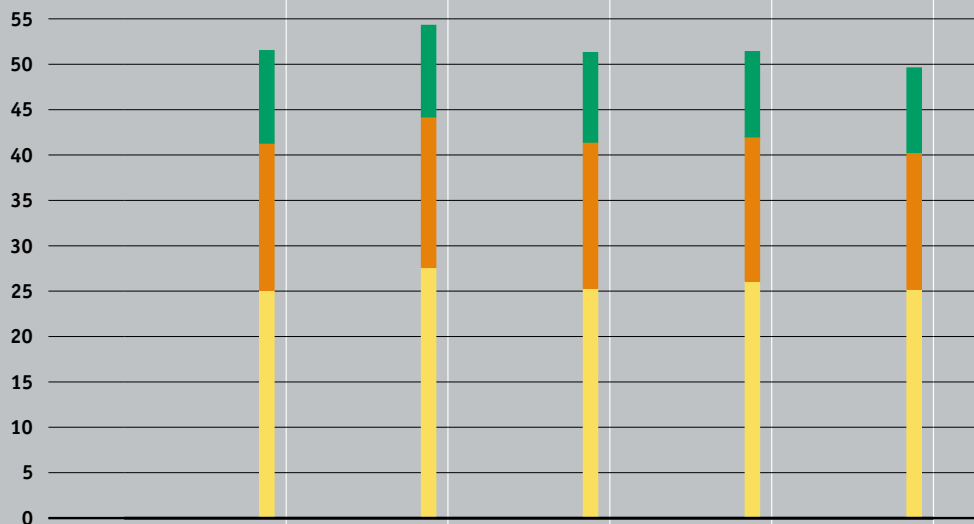
Exportgewichtete Wechselkurse des Frankens

 Real
 Nominal
 Index Januar 1999 = 100.



Staatliche Verschuldung

 Bund
 Kantone
 Gemeinden
 In Prozent des Bruttoinlandproduktes.
 Quelle: EFV



2.3 Finanzmärkte

Erhebliche Schwankungen der langfristigen Zinsen

Die Rendite zehnjähriger Bundesobligationen schwankte in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 in einer Bandbreite von 3,3%–3,6%, nachdem sie im zweiten Halbjahr 2000 von 4,0% auf 3,6% gesunken war. Die Verunsicherung der Kapitalmarktteilnehmer nach den Terroranschlägen in den USA im September und dem Zusammenbruch der Swissair im Oktober führte zu einer verstärkten Nachfrage nach Staatspapieren zulasten der privaten Schuldner. Die Rendite zehnjähriger Bundesobligationen sank im Oktober auf 3,0%, womit sich die Spanne zu den zehnjährigen Renditen privater Obligationen merklich ausweitete. Im Zuge des weltweit einsetzenden Zinsanstiegs zogen die Renditen in beiden Kapitalmarktsegmenten im November und Dezember wieder an. Im Dezember rentierten die zehnjährigen Bundesobligationen mit 3,4%.

Massiver Rückgang der Aktienkurse

Der Swiss Performance Index (SPI) bildete sich im Jahre 2001 um 22% zurück. Der Index, der Ende Dezember 2000 bei 5621 Punkten lag, sank in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 deutlich und erreichte am 21. September, nach den Terroranschlägen in den USA, einen Tiefstand von 3547 Punkten. Im November und Dezember erholte er sich und schloss am Jahresende bei 4383 Punkten. Die Aktienkurse grosser Unternehmen sanken mit 20% weniger stark als diejenigen kleiner (26%) und mittlerer (33%) Unternehmen. Auch zwischen den einzelnen Branchen gab es beträchtliche Unterschiede. Die grössten Verluste mussten die Transportbranche, der Detailhandel, das Gesundheitswesen, die Industrie, die Technologie und die Medienbranche hinnehmen; die Rückgänge bei den Banken, der Chemie, den Nahrungsmitteln und den Versicherungen fielen deutlich geringer aus. Der New Market Index, der sich aus Titeln der Branchen Telekommunikation, Biotechnologie und Informationstechnologie zusammensetzt, sank um 51%.

Deutlich geringere Nettokapitalaufnahme

Am schweizerischen Kapitalmarkt wurden im Jahre 2001 konjunkturbedingt weniger Mittel aufgenommen als im Vorjahr. Die Nettobeanspruchung (Emissionen abzüglich Rückzahlungen) betrug noch 13,0 Mrd. Franken, verglichen mit 25,8 Mrd. Franken im Vorjahr. Rückläufig war sowohl die Nettobeanspruchung inländischer als auch ausländischer Schuldner. Erstere sank von 14,1 Mrd. auf 5,9 Mrd. Franken, letztere von 8,5 Mrd. auf 2,0 Mrd. Franken.

Höheres Kreditwachstum

Das Volumen inländischer Kredite nahm im Jahre 2001 um 1,8% und damit leicht stärker als im Vorjahr (1,7%) zu. Die Inlandkredite der Banken entfielen zu rund drei Vierteln auf Hypothekaranlagen und zu einem Viertel auf Kundenforderungen. Während die inländischen Kundenforderungen geringfügig sanken, stiegen die Hypothekaranlagen um knapp 3%. Die klassischen Spargelder (Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform plus Kasensobligationen) erhöhten sich um 1,5%.

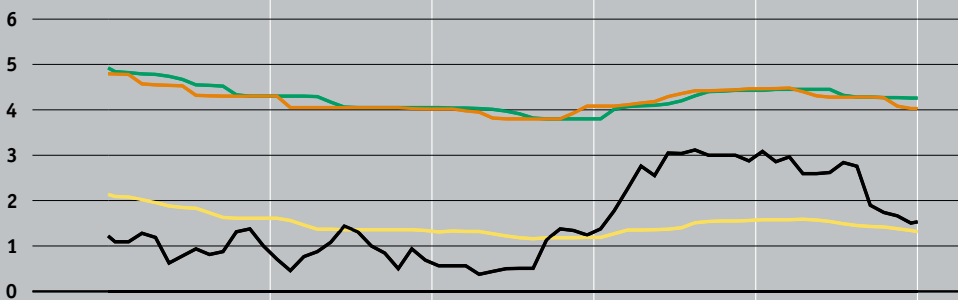
Rückläufige Bankengewinne

Die weltweite Konjunkturabschwächung und der Rückgang der Aktienkurse führten bei der Mehrzahl der Banken zu einem Gewinnrückgang. Im Vorjahr waren die Gewinne allerdings ausserordentlich hoch ausgefallen.

Ausgewählte Zinssätze der Banken

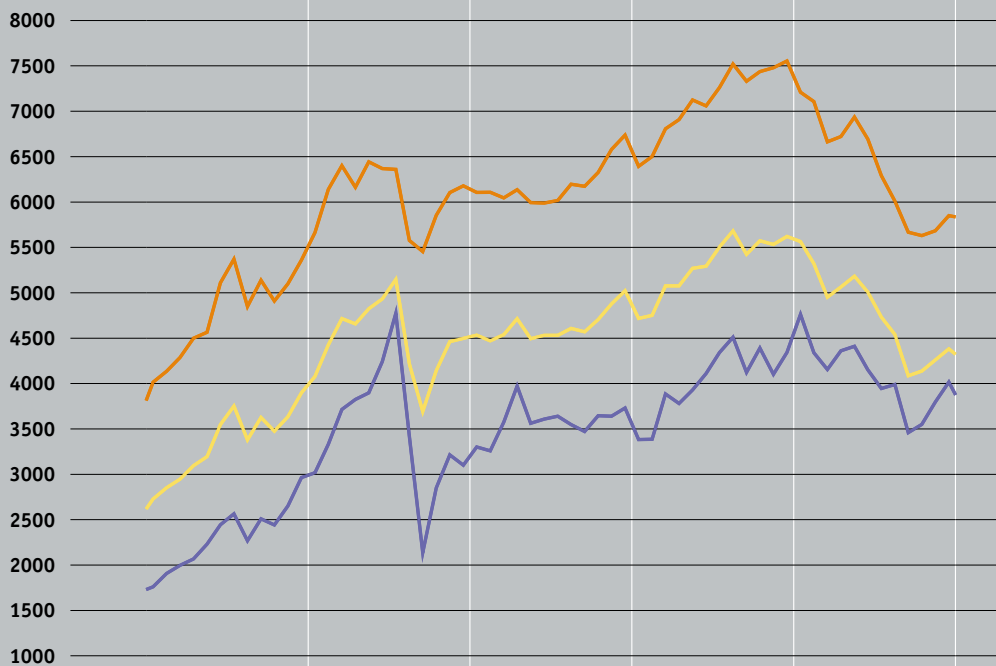
- Alte Hypotheken bei Kantonalbanken
- Neue Hypotheken bei Kantonalbanken
- Spareinlagen bei Kantonalbanken
- Dreimonatige Festgelder bei Grossbanken

In Prozent.



Aktienkurse

- Insgesamt
 - Banken
 - Industrie
- Swiss Performance Index.
Quelle: Schweizer Börse



Start der Virt-x

In London nahm Virt-x, ein gemeinsames Unternehmen der Schweizer Börse und der britischen Handelsplattform Tradepoint, den Handel mit europäischen Blue Chips-Titeln auf. Der Handel verlief technisch reibungslos, das angestrebte Umsatzziel wurde jedoch im Jahre 2001 nicht erreicht.

Robustes schweizerisches Finanzsystem

Das schweizerische Finanzsystem erwies sich nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA als widerstandsfähig. Das dringendste Problem für einzelne Schweizer Banken dürfte die vorübergehende Handlungsunfähigkeit einer wichtigen Korrespondenzbank in New York gewesen sein. Die Krisenbewältigung in der Schweiz wurde dadurch erleichtert, dass die grosse Mehrheit der Banken, die Märkte und die Finanzmarktinfrastruktur sich in gutem Zustand befanden.

Weitere Probleme bei der Genfer Kantonalbank

Probleme mit Krediten gab es bei der Genfer Kantonalbank. Das Institut, das im Vorjahr saniert worden war, musste weitere mit hohem Risiko behaftete Kredite an eine Auffanggesellschaft übertragen. Diese genießt – im Gegensatz zur Kantonalbank – eine volle Staatsgarantie.

Sanierung der Waadtländer Kantonalbank

Eine ausserordentliche Revision bei der Waadtländer Kantonalbank zog eine massive Erhöhung der Rückstellungen nach sich. Als Folge schloss die Rechnung 2001 der Kantonalbank mit einem Verlust ab und es wurde eine Erhöhung des Aktienkapitals notwendig. Die waadtländische Regierung sagte eine Beteiligung des Kantons von 51% an der Kapitalerhöhung zu. Im September war eine Gesetzesvorlage abgelehnt worden, die es dem Kanton erlaubt hätte, seine Beteiligung an der Kantonalbank von 50% auf 30% zu senken.